



Protokoll Nr. 19

Sitzung von Donnerstag, 23. April 1998, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin: Lilo Lauterburg

Anwesend:

Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Adrian Berthoud
Arnold Bertschy
Peter Blaser
Markus Blatter
Konrad Bossart
Michael Burkard
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Marcel Fankhauser
Jean-Daniel Flückiger
Martin Frick
Thomas Fuchs
Barbara Geiser
Hans Ulrich Gränicher
Simone Gretler
Adrian Haas
Rolf Häberli
Bernhard Hess

Ursula Hirt
Andreas Hofmann
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Michael Jordi
Heinz Junker
Esther Kälin Plézer
Andreas Krummen
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Edith Madl Kubik
Anton Maillard
Irène Marti Anliker
Kurt Mäusli
Heinz Megert
Elsi Meyer
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Edith Olibet
Bernhard Pulver
Ruth Rauch

Maria Regli Schmucki
Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüegsegger
Annemarie Sancar
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Erika Siegenthaler
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Barbara Spörri
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Katharina Suter
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann

Entschuldigt:

Ernst Aebersold
Stephan Hügli

Regula Keller
Hans-Ulrich Suter

Luzius Theiler

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Adrian Guggisberg
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar

Entschuldigt:

Ursula Begert
Kurt Wasserfallen

Traktandenliste

1. Wahlen in Schulkommissionen73
(Omar)
2. Kleine Anfrage Markus Blatter (FDP): Französischunterricht in der Primarschule46
(5. und 6. Klasse) (Omar)
3. Projekt Neue Stadtverwaltung Bern: Zwischenbericht 1997 des Gemeinderats an den34
Stadtrat (Lüscher/Baumgartner)
4. Dringliche Interpellation Edith Olibet (SP): Will der Gemeinderat in Zukunft.....62
Monopoly spielen? (Frösch)
5. Dringliche Interpellation Sven Baumann (LdU): Leasing – Das Ei des Kolumbus zur ..81
Rettung aus der Finanzmisere?
(Frösch)
6. Interfraktionelle Motion GFL/GB/JA! (Ueli Stückelberger, GFL / Eva von Ballmoos, ..314
GB): Totalrevision der Bauordnung (BO)
(Guggisberg)
7. Motion Luzius Theiler (GPB): Verleihung des Wakkerpreises an die Stadt Bern:329
Für einen Mitbericht der Denkmalpflege zu allen Bau- und Planungsvorlagen
(Guggisberg)
8. Motion Raymond Anliker (SP): Sanierung RBS-Unterführung Felsenau.....308
(Guggisberg)
9. Motion Fraktion SP (Elsi Meyer): Zukunftsperspektiven für Bahnareale und deren ...307
Umgebung
(Guggisberg)
10. Motion Ueli Stückelberger (GFL): Erstellen einer Fussgänger- und Velobrücke306
von der Grossen Allmend über die Autobahn zum Schermenweg
(Guggisberg)
11. Interfraktionelles Postulat FDP, SVP, CVPplus (Franziska Stalder-Landolf, FDP):..... --
Gesunde Stadtfinanzen: Privatisierung von Teilen der Stadtgärtnerei; Prüfungsbericht
(Guggisberg)
12. Kleine Anfrage Ernst Stauffer (SD): Privatisierung z.B. der Stadtgärtnerei, aber auch 15
anderer Dienstzweige der Stadt Bern
(Guggisberg)
13. Interpellation Ernst Stauffer (SD): Bundesrat Koller beharrt nicht auf Zaun325
(Guggisberg)
14. Postulat Heinz Rub (FDP): Parkwächter und Parkwächterinnen für Bern's24
öffentliche Parkanlagen
(Guggisberg)

Mitteilungen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende *Lilo Lauterburg* gratuliert Barbara Geiser und Bernhard Hess zu ihren neuen Grossratsmandaten und Erika Siegenthaler und Kurt Wasserfallen zu ihrer Wiederwahl in den Grossen Rat. Sie wünscht ihnen alles Gute und hofft, dass sie die Interessen der Stadt Bern im Grossen Rat nie vergessen werden. In diese Hoffnung schliesst sich Lilo Lauterburg selber mit ein. Sie möchte sich an dieser Stelle bei allen Kollegen und Kolleginnen bedanken, die ihr zu ihrem Grossratsmandat gratuliert haben. Lilo Lauterburg wird das angefangene Jahr als Stadtratspräsidentin noch zu Ende führen, um Anfang Januar des nächsten Jahres zurückzutreten. Nach den kantonalen Wahlen besteht ja immer die Befürchtung, dass es im Stadtrat zu personellen Wechseln kommt. Dies ist aber dieses Mal nicht der Fall. Es wurden denn auch noch keine Rücktritte gemeldet. Lilo Lauterburg möchte auch allen Kollegen und Kolleginnen gratulieren, die ebenfalls für den Grossen Rat kandidiert haben, die aber nicht gewählt wurden. Positiv daran ist nämlich, dass so im Stadtrat eine Kontinuität möglich ist, was den Rat letztlich stärkt.

Für den 14. Mai 1998 wurde eine Fraktionspräsidienkonferenz verabredet, und zwar schon um 15.00 Uhr. Ein Traktandum dieser Konferenz, das weitere Vorgehen in Sachen NSB betreffend, muss nun gestrichen werden. Dieses Traktandum wird an der Fraktionspräsidienkonferenz nicht behandelt, da die Vorbereitungen bis zum 14. Mai nicht abgeschlossen werden können. Deshalb fängt die Sitzung erst um 16.00 Uhr an, da keine grossen Projekte besprochen werden müssen. Am 11. Juni um 15.00 Uhr findet dann eine weitere Fraktionspräsidien-sitzung statt, die allein das Traktandum Pilotprojekte NSB behandeln wird. Zu den Stadtratssitzungen: Die Sitzung vom 4. Juni wird eine normale Stadtratssitzung sein. Vorge-sehen war ja für dieses Datum die zweite Lesung GO, die schon morgens um 09.00 Uhr hätte beginnen sollen. Auch hier sind die Vorbereitungen noch nicht so weit, dass diese Le-sung schon stattfinden könnte. Am 4. Juni gibt es also eine normale Nachmittag- und Abendsitzung. Voraussichtlich wird auch am 20. August, dem zweiten Datum, das für die Behandlung der GO-Revision festgelegt wurde, eine normale Sitzung stattfinden. Was schon sicher ist: Die Sitzung wird nicht um 09.00 Uhr anfangen, sondern erst am Nachmittag. Die zweite Lesung GO wird dann im Oktober oder im November behandelt. Lilo Lauterburg bittet schon heute um eine gewisse Flexibilität in diesen beiden Monaten, damit möglichst alle an den allenfalls zusätzlichen Sitzungen teilnehmen können.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* möchte im Namen aller Lilo Lauterburg ebenfalls zu ihrem Grossratsmandat gratulieren.

Protokollgenehmigung

Michael Burri (GFL): Im Protokoll Nr. 10 vom 26. Februar 1998 auf Seite 237 auf der sechst-letzten Zeile muss statt „Artikel 28“ „Artikel 27“ stehen. Mit dieser Korrektur wird das Protokoll genehmigt. Mit bestem Dank an die Verfasserinnen und den Verfasser werden zudem die Protokolle Nrn. 11 und 12 vom 5. März 1998 sowie die Protokolle Nrn. 13 und 14 vom 12. März 1998 genehmigt.

Traktandenliste

Die Vorsitzende *Lilo Lauterburg* schlägt vor, dass die Traktanden 4 und 5 zusammen behan-delt werden, die Traktanden 11 und 12 jedoch getrennt. Gegen diesen Vorschlag wird nicht opponiert.

Ordentliche Traktanden

1 Wahlen in Schulkommission

Antrag Nr. 73

1. Volksschulkommission Rossfeld

Vom Rücktritt aus beruflichen Gründen von Raimund Renggli, (SP), wohnhaft Länggassstrasse 61, 3012 Bern, aus der Volksschulkommission Rossfeld, wird Kenntnis genommen. An seiner Stelle wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31.7.2001, gewählt: Cipriano Alvarez (SP), Fürsprecher, Hochfeldstr. 117, 3012 Bern.

2. Volksschulkommission Tscharnergut

Für den bei der Wahl der Volksschulkommissionen vakant gebliebenen Sitz wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frederica Riesen (SP), Pflegerin/kaufm. Angestellte, Kasparstr. 15/64, 3027 Bern.

Laut Artikel 32 des Reglements vom 4.11.1993 über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschulen sollen die Schulkommissionsmitglieder in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnhaft sein.

Die Hochfeldstr. 117 gehört zum Schulkreis Länggasse (nicht Rossfeld) und die Kasparstr. 15/64 zum Schulkreis Bethlehem (nicht Tscharnergut).

2 Kleine Anfrage Markus Blatter (FDP): Französischunterricht in der Primarschule (5. und 6. Klasse)

Antrag Nr. 46

Im Bund vom 10. Februar 1998 ist ein Artikel dem Französisch-Unterricht in den 5. und 6. Klassen der Primarschulen gewidmet. Dabei wird von einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler gesprochen und auf einen Brief der Interlakner Konferenz der Mittelstufenlehrkräfte hingewiesen. Diese fordern eine Stoffreduktion. Auch im Oberaargau sei dies ein Problem, wie ein Schulleiter aus Langenthal zitiert wird. Dabei wird auch der Begriff Niveau-Unterricht ins Gespräch gebracht, etwas, das ja nicht dem Sinn des 6/3-Modells entspricht.

Meine Fragen an die Schuldirektion:

1. Ist im Verantwortungsbereich der Schuldirektion Bern ähnliche Kritik von Seiten der Mittelstufenlehrkräfte aufgetreten?
2. Ist in anderen Fächern, z.B. Mathematik, Überforderung der Primarschülerinnen und Primarschüler ein Thema?
3. Inwieweit ist das Lehrmittel „BONNE CHANCE 1“ ebenfalls ein Thema?

Bern, 12. Februar 1998

Schuldirektorin *Claudia Omar* antwortet für den Gemeinderat: Die Schullandschaft ist im Kanton und damit auch in der Stadt Bern in Bewegung geraten. Die Schulen sind daran, Inhalte und Vorgaben des neuen Lehrplans und ihre gewählten Modelle der Zusammenarbeit auf der Sekundarstufe I umzusetzen. Ein bedeutender Markstein ist sicher auch die Umstellung der Schulstruktur von 4/5 auf 6/3. Nach der heftigen und langen Auseinandersetzung um den richtigen Zeitpunkt des Selektionsentscheides (nach dem 4., nach dem 5. oder nach dem 6. Schuljahr) war zu erwarten, dass auch nach dem demokratisch gefällten Entscheid die Diskussionen noch weiter gehen dürften und er nicht plötzlich nun bei allen Betroffenen kritiklos aufgenommen werde. Die grundlegenden und tiefgreifenden Erneuerungen im Schulwesen brauchen ihre Zeit, erfordern von den Lehrkräften viel Engagement, rufen da und dort nach Unterstützungen, Klärungen, Feinabstimmungen. Es ist wichtig, der Entwicklung die nötige Zeit zuzugestehen. Allfällige Auswirkungen von Neuerungen müssen seriös abgeklärt werden, bevor zu voreiligen Veränderungen Hand geboten werden könnte. Erst im

Sommer 1999 werden die ersten Schülerinnen und Schüler, die nach neuem Lehrplan unterrichtet wurden, die obligatorische Schulzeit beenden. Die Lehrkräfte an den nun nicht mehr selektionierten, schulleistungsgetrenten 5. und 6. Schulklassen müssen sich daran gewöhnen, das ganze Begabungsspektrum innerhalb eines Klassenverbandes zu unterrichten. Sie waren zum Teil auf diese neue Herausforderung zu wenig vorbereitet. Die Erziehungsdirektion wird erneut entsprechende Kurse anbieten müssen. Um mit der komplexen Situation umgehen zu können, wird von den Lehrkräften sowohl die nötige Fachkompetenz als auch die didaktische und pädagogische Ausrichtung darauf erwartet. Sie müssen, um der Aufgabe gewachsen zu sein, binnendifferenziert unterrichten können. Erweiterte Unterrichtsformen sind ein möglicher Weg dazu. Die für den Lehrplan zuständige Erziehungsdirektion wird offen anstehende Probleme in der Umsetzung der neuen Schulformen angehen und die nötigen Abklärungen treffen. Sie ist hingegen auch ganz klar der Meinung, dass nicht überhastet und einzig aufgrund einiger Leserbriefe reagiert werden soll. Zur Frage 1: Gegenüber dem Gemeinderat ist im Zusammenhang mit dem Französischunterricht auf der Stufe 5. und 6. Schuljahr keine Kritik geäußert worden. Zu Frage 2: Der Gemeinderat hat auch keinerlei Rückmeldungen, wonach in anderen Fächern im 5. und 6. Schuljahr Primarschülerinnen und Primarschülern überfordert sein sollten. Zu Frage 3: „BONNE CHANCE 1“ ist zur Zeit weder für den Gemeinderat noch für die für Lehrmittel im Kanton zuständige Erziehungsdirektion ein Thema.

3 Projekt Neue Stadtverwaltung Bern: Zwischenbericht 1997 des Gemeinderats an den Stadtrat

Antrag Nr. 34

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht 1997 des Gemeinderats an den Stadtrat zum Projekt Neue Stadtverwaltung Bern vom 11. Februar 1998.

Liselotte Lüscher (Präsidentin GPK) verweist darauf, dass das vorliegende Geschäft nicht allein von der GPK, sondern zusammen mit der FIKO behandelt wurde. Seit vier Jahren wird in der Stadt Bern die NSB bzw. das NPM ausprobiert. Wahrscheinlich aufgrund eines Bedürfnisses nach mehr Information hatte der Stadtrat im November 1997 einen Zwischenbericht betreffend NSB verlangt. Dieser Zwischenbericht lag im Februar 1998 vor. Im Namen der GPK und der FIKO möchte Liselotte Lüscher für diese schnelle Erarbeitung des Zwischenberichts danken. Die beiden Kommissionen beschlossen, den Bericht, obschon dieser nur zur Kenntnis hätte genommen werden müssen, vorzubereiten. Dies wurde am 30. März 1998 mit einer starken Präsenz der Mitglieder beider Kommissionen durchgeführt. An dieser Sitzung nahmen zudem der Stadtpräsident und drei weitere Mitglieder des Gemeinderats sowie verschiedene Chefbeamte und -beamtinnen teil. Liselotte Lüscher verzichtet darauf, den Bericht zusammenzufassen. Die GPK und die FIKO haben zwar den Bericht dankend zur Kenntnis genommen, es wurden aber auch recht kritische Bemerkungen dazu gemacht. Einzelne Mitglieder haben den Bericht als zu allgemein und zu wenig aussagekräftig kritisiert. Es würden im Bericht gewisse Missstände angedeutet, ohne aber konkret benannt zu werden und ohne Lösungsansätze dafür anzubieten. Dies hat offensichtlich damit zu tun, dass erst im Februar 1998 vom Gemeinderat ein Massnahmenkatalog beschlossen wurde, der auf die im Bericht angedeuteten Missstände eingeht. An der Sitzung vom 30. März wurde über diesen Massnahmenkatalog informiert. Obwohl der Zwischenbericht Probleme eher verstatte entschleierte, wurden von Seiten des Gemeinderats mit dem Massnahmenkatalog dennoch wichtige Schlüsse gezogen. Dies wertet den Zwischenbericht indirekt auf. Es ist wichtig, hier ein paar Massnahmen des Katalogs an das Parlament weiterzugeben, obwohl sie nicht im Zwischenbericht stehen. So wird zum Beispiel neu ein Steuerungsdienst eingerichtet, der zuhanden des Gemeinderats Abklärungen trifft, Anträge formuliert und für alle Beteiligten eine Art politische Anlaufstelle sein wird. Ebenfalls werden die Personalausschüsse in den Piloten aktiviert und einbezogen. Zwei Probleme, die im Zwischenbericht recht klar benannt werden, nämlich die Verunsicherung der verschiedenen am NSB Beteiligten sowie die mangelnde Delegation von Kompetenzen nach unten, werden im Sommer in Workshops

angegangen. Was nicht im Massnahmenkatalog steht: Die Legislative und die Exekutive werden voraussichtlich gemeinsam über ihre unterschiedliche Rolle im NSB nachdenken müssen. Zurück zum Zwischenbericht und zu seiner Behandlung durch die GPK und die FIKO: Auf die Bemerkung, dass im Zwischenbericht recht wenig über die Pilote informiert wird, wurde geantwortet, dass ja eine Zusammenfassung des Evaluationsberichts vom August 1997 verschickt worden sei, die detailliert Auskunft über die Pilote erteile. Über NSB dürfe nicht Druck auf die Angestellten ausgeübt werden, wurde von Seiten der GPK und der FIKO gesagt. Auf diesen Kritikpunkt wurde geantwortet, dass heute auch ohne NSB Druck auf die Angestellten in der Verwaltung vorhanden sei. Die Stellenbewirtschaftung löse Druck aus, die Privatisierungsvorschläge, die immer wieder auftauchen, und die betrübliche Finanzlage der Stadt. Hierzu eine persönliche Bemerkung: Die Steigerung der Effizienz ist ein wichtiges Anliegen der NSB; es ist aber problematisch, die städtischen Angestellten in der heutigen Situation zu motivieren, effizienter zu arbeiten, wenn sie damit unter Umständen ihre eigene Entlassung vorbereiten. Die NSB kommt in einem unglücklichen Moment. Zum gewaltigen Leistungs- und Konkurrenzdruck, den die NSB entfaltet, kommt der Druck der finanziellen Situation des Staates hinzu. Dies ergibt eine schwierige Situation. Abschliessend möchte Liselotte Lüscher einen persönlichen Appell an das Parlament richten: Wer es nicht schon macht, der sollte anfangen, sich mit der NSB und dem NPM intensiv zu beschäftigen. Das Parlament soll 1999 über die gesamstädtische Einführung der NSB entscheiden. Dies ist nächstes Jahr. Die NSB ist nicht einfach irgendeine Reform. Sie ist eine Ideologie im Umkreis des Neoliberalismus. Man sollte sich heute schon fragen, ob man dies will, und wenn ja, wie weitgehend man dies will. Sonst wird es 1999 in den Reihen des Parlaments plötzlich ein böses Erwachen geben. Die betroffene Verwaltung und der Gemeinderat sind dem Stadtrat nämlich im Verstehen der NSB weit voraus. Trotz allem: Die GPK und die FIKO haben den Zwischenbericht positiv zur Kenntnis genommen und danken für diesen Bericht.

Fraktionserklärungen

Michael Jordi spricht für die GB/JA!-Fraktion: Positiv am Bericht ist, dass die Probleme nicht verschwiegen und die heutige Situation in den Piloten und bei den parallel dazu laufenden Arbeiten nicht beschönigt werden. Besonders was den technischen Teil anbelangt, also die Schwierigkeit, periodengerechte, aussagekräftige Daten zur Leistungskontrolle bereitzustellen, wird nichts beschönigt. Es zeigt sich, dass die Steuerung durch den Gemeinderat nicht viel einfacher geworden ist als vorher und auch nicht viel einfacher, als es für den Stadtrat ist. Dies ist nicht primär abhängig davon, ob Trimester- oder Semesterberichte erstellt werden, sondern ob die Daten überhaupt aussagekräftig, ob sie abgrenzbar sind und ob die Zeit und das Wissen vorhanden ist, diese Daten auch zu lesen und zu interpretieren, um eventuell Gegensteuer zu geben. Positiv ist auch, dass sich die Stadt Bern mit anderen NPM-Städten zu einem Erfahrungsaustausch getroffen hat. Damit können die Voraussetzungen für interkommunale Vergleiche geschaffen und Lernprozesse eingeleitet werden. Der Bericht verschleierte auch nicht, dass auf der Führungsebene keine Entlastung betreffend operativer Entscheide stattgefunden hat, dass vielmehr zusätzliche und langwierige Einführungsaufgaben neu dazu gekommen sind. Die Kader werden damit weiter belastet. In der Einführungsphase ist dies sicher zu verkraften, aber nach vier Jahren sollte der Zeitpunkt nun gekommen sein, dass Kompetenzen nach unten abgegeben werden, damit die Verwaltungsstrukturen von ermüdenden Hierarchien befreit werden können. Die Kaderleute würden damit Zeit gewinnen und die Angestellten auf den unteren Ebenen mit interessanter Arbeit konfrontiert werden. Einen der Hauptvorteile der neuen Verwaltungsform sieht Michael Jordi darin, dass sich die Stellen zunehmend bewusst werden, für wen sie überhaupt da sind, nämlich für Bürger und Bürgerinnen, die zum Beispiel Abfall produzieren, die Altmetall entsorgen wollen, die Kinderkrippenplätze suchen etc. Dies ist der wesentliche Fortschritt gegenüber früher. Ob dieser Fortschritt nun NSB oder anders heisst, ist nicht sehr wichtig. Ob es für ein besseres Kostenbewusstsein überhaupt ein neues Verwaltungsmodell gebraucht hat, wagt Michael Jordi zu bezweifeln. Ein Quervergleich mit anderen Verwaltungszweigen zeigt, dass auch diese ihre Kosten unter dem Spardruck in den Griff bekommen haben und dass auch dort die Steuerfranken zwei Mal umgedreht werden, bevor sie ausgegeben werden. So haben zum Beispiel 1996 nicht nur die Feuerwehr und das Jugendamt besser abgeschlossen, als bud-

getiert war, sondern die ganze Stadt Bern hat mit einem um 10 Mio. Franken kleineren Defizit abgeschlossen. Wesentlich zu dieser Defizitreduktion beigetragen haben der Gesundheitsbereich, die allgemeine Stadtverwaltung und die Einsparungen bei den Fürsorgeleistungen. Globalbudgetierung, Leistungsindikatoren und Controllingstelle machen noch keinen Frühling aus, aber sie sind doch wichtige Elemente in einer neuen Verwaltungskultur. Die Lockerung des Jährlichkeitsprinzips erlaubt es zum Beispiel der stationären Jugendhilfe, einen Billardtisch, ohne grosse Anträge dafür eingeben zu müssen, zu kaufen. Dies ist gut so. In der Kostenrechnung werden die Fortschritte auch immer grösser. Dies ist ja der zweite Teil der NSB. Hier wurde Tempo zugelegt, so dass schon bald eine Kostenrechnung in allen Verwaltungsstellen eingeführt werden kann. Ein Mangel ist sicher, dass die Projektleitung kaum Zeit für alle Koordinationsarbeiten zur Verfügung hat. Dies muss sich im Hinblick auf den erwähnten Steuerungsdienst ändern. Wenn man schon Steuerungsinstrumente schafft, müssen diese Instrumente auch gebraucht werden können.

Noch zwei, drei Bemerkungen zu den Grenzen des gesamten Projekts: Das Verwaltungskader scheint Gefallen an dem Projekt zu finden, angepeilt wird nun das Personalrecht. Für das GB aber hört die NSB beim Personalrecht auf. Wenn es darum geht, dass sich Vorgesetzte als Anstellungs- und Entlassungsmanager sehen, dann kann die gesamte Übung eigentlich schon heute abgebrochen werden. Das GB wird Hand bieten zu flexibleren Büromodellen, Öffnungszeiten usw. Wenn das gemeint ist mit neuen Arbeitszeitmodellen, dann braucht man nicht auf die definitive Einführung der NSB zu warten; dies kann auch im Rahmen der Arbeitszeitverkürzung angegangen werden. Darüber wird ja hier auch noch diskutiert werden. Bei weitergehenden Flexibilisierungen in den Arbeitsverhältnissen macht das GB nicht mehr mit. Eine zweite Grenze ergibt sich für das GB bei der Ausdehnung in andere Verwaltungsbereiche, in die die NSB eingeführt werden könnte oder soll. So sind zum Beispiel das Bildungswesen, die Volksschule, die immer mehr von den Gemeinden finanziert werden müssen, zweifelhafte Objekte für die Einführung von NSB. Auf rein finanzieller Ebene könnte sich das GB noch einverstanden erklären, aber in bezug auf das Bildungsangebot muss ein einheitliches und für alle offenes System garantiert bleiben. Eine weitere Grenze betrifft die Einschränkung der öffentlichen Leistung. Die politischen Gremien müssen die Verantwortung für die Kürzung von öffentlichen Leistungen selber übernehmen. Man sieht auch beim Kanton, dass die Versuchung des Parlaments und der Direktionen gross ist, unter dem Deckmantel von mehr Autonomie für die Verwaltungsstellen, anstatt dass eine detaillierte Inputsteuerung, einfach eine globale Inputsteuerung vorgenommen wird und der Output nachher den Betrieben überlassen wird. Diese müssen nachher die Suppe auslöffeln und die Kürzungen gegen aussen verantworten. Dies ist eine billige Art. Von output-orientierter Steuerung ist nichts zu spüren, und unter solchen Bedingungen müsste die ganze Übung noch einmal überdacht werden.

Unklar und schwammig ist auch der Abgrenzungsprozess und die Kompetenzzuweisung zwischen Stadtrat und Gemeinderat. Dies möchte Michael Jordi nicht dem Gemeinderat in die Schuhe schieben, da im Stadtrat beschlossen wurde, die GO-Revision und die NSB voneinander loszukoppeln. Die GB/JA!-Fraktion ist im Hinblick auf die zukünftige NSB-Diskussion durchaus bereit, überflüssige Kompetenzen an die Verwaltung abzugeben. Die grosse Frage wird aber sein, was ist überflüssig, für was ist der Stadtrat überhaupt noch zuständig. Dies wird nicht einfach zu beantworten sein. Sicher darf die NSB nicht einfach ein Schlupfloch dafür werden, dass das demokratische Prinzip zu einem Verwaltungs- und Technokratenprinzip verkommt. Die GB/JA!-Fraktion zieht zusammenfassend eine unterstützend-kritische Bilanz der bisherigen Pilotphase. Ein bisschen schlechter sieht es für die Zukunft aus. Die GB/JA!-Fraktion wird weiter konstruktiv mitarbeiten. Die Leitlinien für die Unterstützung des Gesamtprojekts sind aber: Der allgemeine und nicht diskriminierende Zugang von Bürgern und Bürgerinnen zu staatlichen Leistungen, die Erhaltung von demokratischen Steuerungs- und Kontrollstrukturen und klare und gute öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse.

Sylvia Spring Hunziker spricht für die SP-Fraktion: Die SP-Fraktion war gespannt auf diesen Zwischenbericht. Sie hat sich mit diesem Bericht seriös auseinandergesetzt. Es wurde intern eine kleine Arbeitsgruppe gebildet und es wurden auch in der Fraktion während über einer Stunde Meinungen ausgetauscht. Sylvia Spring möchte diese verschiedenen Meinungen

zusammenfassen. Sie hat dafür vier Bereiche geschaffen: Allgemeine Beurteilung und zentraler Ansatzpunkt der SP; Gefahren und Massnahmen; was bisher am NSB-Projekt positiv war und als vierter Punkt die Perspektiven.

Zur allgemeinen Beurteilung: Mit diesem Bericht wurde eine Pflichtübung durchgeführt mit wenig Ambitionen zur Kür. Der SP fehlt die Attraktivität, es war sehr wenig Konkretes zu lesen und es gibt nicht viel anschauliche Beispiele im Bericht. Die Berichterstattung erscheint der SP etwas oberflächlich, und sie ist enttäuscht ob den vielen Verallgemeinerungen. So werden zu den thematisierten Schwierigkeiten des Projekts kaum Folgerungen oder konkrete Massnahmen erwähnt. Für die SP ist dies keine mustergültige Form für Zwischenberichte von Pilotprojekten der Stadt Bern. Vielleicht hätten schon ein ansprechendes Vorwort oder zwei, drei Beispiele über die Innovationen dank NSB mehr Elan in diesen Bericht gebracht. Die SP unterstützt die Feststellung, dass das Berichtswesen generell verbessert werden sollte. Der Stadtrat darf in dieser Hinsicht nicht vergessen werden. Die SP möchte weiter wissen, ob es das Infoblatt über die NSB für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch gibt. Sie fände es sehr schade, wenn dieses nicht mehr erscheinen würde. Zum zentralen Ansatzpunkt der SP, dem Personalbereich: Die SP unterstützt und findet es sehr wichtig, dass mit den vertrauensbildenden Massnahmen vorwärts gemacht wird, und zwar für alle Mitarbeiter/-innen. Dank der Personalbefragung verfügt man über ganz klare, aussagekräftige Informationen zur Befindlichkeit des Personals. Es kann bemerkt werden, dass eine relativ hohe Anzahl von Angestellten Angst vor mehr Leistungsdruck und auch vor einem Arbeitsplatzverlust haben. Es wird viel Druck nach unten weitergegeben. Die Motivation ist niedrig und die Skepsis hoch. Die Folgerungen der SP in diesem Zusammenhang: Nur genügend Information und Mitsprachemöglichkeiten können Ängste der Angestellten abbauen. Transparenz schafft Vertrauen.

Zu den Gefahren und den Massnahmen: Eine Chance von NSB, nämlich das erhöhte Kostenbewusstsein, scheint erfüllt. Auch hier wären sicher ein paar Beispiele hilfreich gewesen. Die SP befürchtet aber, dass die übrigen Chancen etwas auf der Strecke bleiben, zum Beispiel der Abbau der Hierarchien, umfassender und verantwortungsvollere Tätigkeiten, mehr Teamwork und geförderte Partizipation. Die SP begrüsst es sehr, dass mehr Ausbildungsanstrengungen geplant sind. Ihr gefällt auch das Projekt des Workshops „Kompetenzen und Verantwortung delegieren“. Die SP hat den Eindruck, dass immer nur die Kader und die Führungskräfte geschult werden, und sie findet, dass unbedingt alle Stufen der Verwaltung in die Ausbildung mit einbezogen werden müssen. Die SP warnt deutlich vor einer Zweiklassenverwaltung. Eine gute Voraussetzung für mehr Zufriedenheit bei den Angestellten sind die geplanten Personalausschüsse. Werden dort alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von allen Stufen berücksichtigt und gibt es klar formulierte Aufträge? Nach Meinung der SP sind die Ausbildungsverantwortlichen stark gefordert. Die Handlungsspielräume müssen allen Leuten auf allen Stufen bekannt sein. NSB kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch mit unterschiedlichen Qualifikationen, von der Reform zu überzeugen und sie für diese zu gewinnen. Sollte es Kommunikationsschwierigkeiten geben, müssten Gegenstrategien entwickelt werden. Was die SP am bisherigen Verlauf der NSB-Projekte freut, ist, dass die Stadt Bern schweizweit innovative Pionierarbeit in Sachen NPM leistet. Sie ist dabei sehr weit fortgeschritten. Es liegt auch ein umfangreicher Evaluationsbericht vor. Bern fördert den interkommunalen Leistungsvergleich und ergreift dabei die Initiative. Es wurden seit Beginn der NSB vier weitere Pilotprojekte ausgelöst, im Informatikdienst, im Gesundheitsdienst, in der Schul- und Büromaterialzentrale und in der Stadtgärtnerei. Gibt es dazu vielleicht schon weitere Erkenntnisse? Was läuft anders oder besser? Die Personalbefragung wird seriös und mit viel Aufwand betrieben. Zu der Personalbefragung wird man noch Hintergrundinformation bekommen. Dies findet die SP sehr gut und wichtig, denn es interessiert sie zum Beispiel der Vergleich 1996/1997. Die Projektverantwortlichen für NSB arbeiten sehr engagiert und verantwortungsvoll; dies freut die SP sehr, und Sylvia Spring möchte an dieser Stelle dafür danken.

Zu den Perspektiven: Die NSB wird noch reifen, Entwicklungen wurden eingeleitet. Es folgt jetzt ein intensiver Gedankenaustausch zwischen den hierarchischen Ebenen. Die richtige Interpretation von Vorgaben und Auswertungen muss sichergestellt sein. Im Vordergrund stehen für die SP zwei Notwendigkeiten: Ein interdisziplinärer Erfahrungsaustausch in der Verwaltung selber soll stattfinden, die guten Erfahrungen sollen auch kommuniziert werden;

die Führungspersonen sollen eine offene Informationspolitik umsetzen und einen kommunikativen Führungsstil anwenden. Die NSB ist eine Chance, Rollen, Tätigkeiten, Verantwortlichkeiten in der Verwaltung neu zu gestalten. Dies wird von der SP unterstützt.

Für die FDP-Fraktion spricht *Martin Frick*: Er verweist darauf, dass er schon OPTA vom Anfang bis zum Schluss erlebt habe und jetzt auch NSB erlebt, und dies als einer, der im Beruf ebenfalls in einem Pilotprojekt engagiert ist. Die Fraktionserklärung der FDP schliesst an die Erklärungen der FDP anlässlich der Einführung der NSB, 1994, und anlässlich der Erweiterung, 1996, an. 1994 hat die FDP schon auf Schwierigkeiten bei der Umsetzung der NSB hingewiesen. Sie sagte damals aber Ja zu den drei Pilotprojekten und hielt fest, dass weitere Teile der Verwaltung aber erst einbezogen werden sollen, wenn die Versuchsphase positiv verlaufen ist. 1996 war eine positive Beurteilung noch nicht möglich, die FDP hat sich damals auch gewehrt gegen die Ausweitung der NSB auf mehr als die drei Pilotprojekte. Ein Argument war die Zusatzbelastung der Verwaltung auch in Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung der Kostenrechnung und der GO-Revision. Jetzt liegt der verlangte Zwischenbericht vor, er ist kurz und sagt wenig Konkretes. Die SP sagt es auch, der Zwischenbericht ist oberflächlich. Auf jeden Fall strahlt er keine Begeisterung und Euphorie über den Verlauf der Versuche aus. Man wird aufgefordert, Kenntnis zu nehmen und Beurteilungen abzugeben. Die FDP-Fraktion stellt fest, dass ihre Einschätzungen von 1994 und 1996 zutreffen. Die verlockende Fahrt ins Blaue, so betitelte die FDP 1994 das Unternehmen NSB, ist immer noch abenteuerlich. Man kommt zwar immer noch vorwärts, aber es gibt viel, was dadurch zusätzlich belastet wird. Die FDP stellt fest, dass die Auffassung, die ersten drei Piloten sauber durchzuführen und erst nachher weiterzufahren, die richtige gewesen wäre. Jetzt hat man also eine Überlastungssituation. Im wenig konkreten Bericht lässt sich doch einiges lesen, vieles eher zwischen den Zeilen. Man vermittelt den Eindruck, dass erst mit der NSB richtig geführt werden kann, dass erst dadurch aus der Trägheit der Verwaltung, der Beamtenschaft, hat ausgebrochen werden können. Dies war auch nötig. Für die FDP steht fest: Die NSB kann kein Schonprogramm sein. Dazu ein paar Gedanken aus dem Teilprojekt Modell: Die kostenbewusste Verwaltung ist ein positiver Effekt, man ist auf dem richtigen Weg, auch wenn die genauen Daten dazu noch fehlen. Bei den Befragungen ist die FDP der Meinung, dass mehr Transparenz nötig ist. Sie unterstützt die Forderung, dass die Befragungen so durchgeführt werden sollten, dass sie glaubhaft sind und nicht auf ein gewünschtes Ziel hin gesteuert werden können. Wie eine Neuentdeckung auf der Fahrt ins Blaue erscheint die Aussage, dass man dank NSB Kompetenzen und Verantwortungen delegieren könne und dass dies vorher gar nicht möglich gewesen sei. Es ist höchste Zeit für diese Entdeckung, und für das Personal muss es eine Bereicherung sein, wenn Kompetenzen delegiert werden und der Verantwortungsbereich vergrössert wird. Zu recht wird die Einschränkung der Handlungsspielräume durch das Personalrecht beklagt. Im Moment ist dies eine Rahmenbedingung, die unbedingt berücksichtigt werden muss; in Zukunft muss in diesem Bereich eine Öffnung vollzogen werden. Man muss wegkommen von der Trägheit gegenüber Veränderungen von Strukturen. Die NSB ist wie gesagt kein Schonprogramm. Sie fordert zu Verbesserungen auf, zu Flexibilität. Wenn man in der Privatwirtschaft schaut und in den kürzlich liberalisierten Bereichen, dann sieht man, dass es dort gewaltige Bewegungen gibt, die auch vor der Stadt nicht halt machen. Die Befürchtungen hinsichtlich Leistungsdruck und Stress, wie sie in den anderen beiden Erklärungen erwähnt wurden, sind zu verstehen; die Bemerkung, dass die Motivation fehlt, weil man an der eigenen Entlassung arbeitet, die kann Martin Frick nicht teilen. Jeder, der heute nicht begründen kann, wieso er in der Verwaltung arbeitet, hat dort keinen Platz. Es muss doch jeder motiviert und interessiert sein, seine Arbeit beschreiben zu können. Zu den Modellergänzungen: Die FDP unterstützt die rasche Einrichtung eines Steuerungsdienstes. Hinsichtlich der Rolle des Stadtrats erinnert die FDP an ihre Aufforderung vom Februar 1998, dass man, bevor man mit Sitzungen viel Zeit aufwendet, ein Gutachten in Auftrag geben sollte, und zwar an einen Juristen mit wirtschaftlichen Kenntnissen, der die Rollen des Stadtrats und des Gemeinderats konkret und praxisbezogen untersucht. Nur so haben die geplanten Sitzungen einen Sinn, nur so kann auf konkreter Grundlage und ohne die Gefahr unendlich langer Diskussionen und theoretischer Abhandlungen das Projekt beschleunigt werden.

Zum Teilprojekt Recht konnte aus dem Bericht nur wenig entnommen werden. Die FDP hofft, dass nun aufgrund der neuen Zusammensetzung konkrete Arbeit geleistet werden kann. Über das Teilprojekt Kostenrechnung und Controlling wird umfassend und konkret berichtet. Die Linie und das Programm sind klar, an dieser wichtigen Grundlage wird gezielt gearbeitet. Die FDP hofft und erwartet, dass der Elan in diesem Teilprojekt, der sehr wichtig für die NSB ist, aufrechterhalten bleibt. Es werden Grundsatzentscheide des Gemeinderats zitiert, die anfangs 1998 hätten gefällt werden sollten. Diese hätten für die Budgetierung eine wichtige Bedeutung. Aus dem Bericht geht aber nicht hervor, ob diese Entscheide gefällt wurden oder nicht. Zusammenfassend: Die FDP stellt fest, dass es heute keine Möglichkeit gibt zu beurteilen, ob NSB flächendeckend eingeführt werden sollte. Die FDP ist gespannt, wie es weitergeht. Sie stellte fest, dass mit der Ausweitung der NSB der Wagen eher überladen wurde, dass alle Beteiligten sehr stark belastet sind. Die Fahrt ins Blaue muss aber weitergehen, zügig weitergehen, damit ein positives Ziel erreicht werden kann. Dazu braucht es Energie, Schwung und Motivation. Die FDP ermutigt alle, die an dem Projekt beteiligt sind, sich dafür positiv einzusetzen. Die Verwaltung muss lernen, offen zu sein, sie muss lernen, die neuen Strukturen anzuwenden. Die FDP möchte, dass Klarheit über die Rollen des Stadtrats und des Gemeinderats geschaffen wird, damit auch hier bewusster vorgegangen werden kann. Sie ist zudem der Meinung, dass der Kostenrechnung eine grosse Bedeutung zufällt. Die FDP wird kritisch beobachten, wie es mit NSB weitergeht.

Ueli Stüchelberger spricht für die GFL-Fraktion: Die GFL ist zufrieden mit dem Bericht, er gibt einen recht guten Überblick über den Stand der Arbeiten. Die GFL unterstützt die NSB und befürwortet, dass damit weitergemacht wird. Sie findet aber, dass neue Fragen offen angegangen werden sollten. Man sollte zu den Fehlern stehen, die in der Anfangsphase passieren. Es handelt sich schliesslich um ein neues Projekt. Nach Meinung der GFL sollte das Projekt offen angeschaut werden, es sollte keine Tabus geben, auch beim Personalrecht nicht. Dies im Unterschied zur Haltung des GB. Es soll dies nicht heissen, dass beim Personalrecht etwas geändert werden muss, aber man sollte es zumindest prüfen können. Der Bericht hat zum Teil etwas zu wenig Aussagekraft und ist zum Teil zu wenig selbstkritisch. Die GFL hat erwartet, dass auch aufgezeigt wird, wo die Grenzen der NSB liegen, wo Probleme entstehen und was dagegen unternommen werden könnte. Wo gibt es keine Indikatoren, wo macht es also keinen Sinn, eine Produktgruppe einzuführen? Für die weitere Arbeit mit der NSB im Stadtrat sind nach Meinung der GFL zwei Punkte wichtig: Die Aussagekraft der Berichte, die dem Stadtrat vorgelegt werden, muss wesentlich besser werden. Die Seitenzahlen sollten abnehmen, die Aussagekraft jedoch zunehmen. Das heisst, die zeitliche Belastung für den Stadtrat sollte abnehmen, es sollte klar ersichtlich sein, welches die Mängel des Projekts sind und wie man diese lösen kann. Weiter scheinen auch der GFL die Unterschiede in den Rollen des Stadtrats und des Gemeinderats nicht klar. Hier sollte langsam eine Klärung stattfinden, und zwar nicht auf der abstrakten Ebene, sondern ganz konkret. Ansonsten findet die GFL den Vorgehensvorschlag des Gemeinderats gut und unterstützt das Projekt.

Adrian Berthoud spricht für die EVP/LdU-Fraktion: Der vorliegende Bericht ist ein Spiegel des Projektverlaufs NSB. Es wird festgestellt, dass die Umsetzung von der Theorie in die Praxis viel aufwendiger ist, als man dies am Anfang angenommen hat. Wie bei vielen anderen Projekten liegen die Probleme nicht beim Modell oder beim theoretischen Konzept, sondern bei der Kommunikation, den Führungsstrukturen und dem Druck, verschiedene Aufgaben gleichzeitig erledigen zu müssen, nämlich die laufenden Geschäfte, das Budget und die Rechnung, die Einführung der Kostenrechnung und dazu noch die NSB. Die Personalumfragen haben gezeigt, dass man hier einen kritischen Stand erreicht hat. Im Kapitel 2.2.4. wird auch die Unzufriedenheit des Stadtrats in bezug auf steuerungsrelevante Indikatoren erwähnt. „Die Überarbeitung des Produktgruppen-Budgets bzw. der Produktgruppen-Rechnung drängt sich auf“, steht in dem Bericht. Geschehen ist aber bis heute nichts oder fast nichts. Im Bericht steht auch, dass der Verlauf eines Budgets rund ein Jahr beträgt. Die Delegation FIKO/GPK/NSB zur Stadtgärtnerei hat deshalb bereits im letzten November mit der Stadtgärtnerei Kontakt aufgenommen, um noch Einfluss auf das Budget 1999 nehmen zu können. Am 18. Februar fand eine Vorgespräch statt. Am 26. März hat die Gruppe zu-

sammen mit dem Kader der Stadtgärtnerei und dem Projektkoordinator NSB, Ralf Treuthardt, versucht, die Produktgruppe zu überarbeiten. Dabei zeigte sich, dass kritisieren relativ einfach, besser machen aber mit sehr viel Sachkenntnis und Arbeit verbunden ist. Die investierte Zeit wird uns bei der Behandlung der Rechnung und des Budgets wieder zugute kommen. Man wird sich dann auf Zahlen konzentrieren können und muss nicht mehr über Ziele und Indikatoren diskutieren. Die Gruppe FIKO/GPK/NSB hat einen kurzen Erfahrungsbericht verfasst. Wer daran interessiert ist, kann ihn bei Ralf Treuthardt verlangen. Adrian Berthoud ist davon überzeugt, dass die Identifikation des Stadtrats mit dem Projekt NSB nur über sein eigenes Mitarbeiten und somit über eigene Erfahrungen zu erreichen ist. Allzuvielen Experten verderben den Brei.

Einzelvoten

Luzius Theiler (GPB): Martin Frick hat vorhin das Motto der NSB auf geradezu geniale Weise zusammengefasst. Wir müssen, sagte er, die Fahrt ins Blaue zielgerichtet weiterführen. Mit anderen Worten: Man hat zwar die Übersicht verloren, aber nicht die Entscheidungsfreudigkeit. Auf diese Art muss denn auch der Bericht gelesen werden. Wenn man überhaupt etwas daraus entnehmen kann, dann muss man es zwischen den Zeilen lesen. Luzius Theiler könnte, ausser dem letzten Satz, die Rede Liselotte Lüscher unterschreiben. Wie dann die GPK/FIKO dazu kommt, trotzdem den Bericht positiv zur Kenntnis zu nehmen, ist für Luzius Theiler nicht nachvollziehbar. Er erinnert sich an die euphorische Stimmung im Stadtrat im November 1994, als nur er selber und der Stadtpräsident nicht ganz so euphorisch gewesen waren, und stellt fest, dass die Stimmung bei jeder Diskussion etwas abnimmt. Man kann also annehmen, dass in ein oder zwei Jahren, wenn die NSB flächendeckend eingeführt werden soll, die Stimmung noch weiter gesunken sein wird. Luzius Theiler möchte damit nicht sagen, dass die Bemühungen vergebens waren. Es lohnt sich sehr wahrscheinlich, eine solche Übung einmal durchzuspielen, um zu sehen, dass die Stadtverwaltung kein privatwirtschaftlicher Betrieb ist, den man nach Renditegrundsätzen führen kann. Die Verwaltung muss dem Gemeinwohl dienen; dies ist ein grosser Unterschied zu privaten Betrieben. Das Modell der NSB wurde aus einer ganz anderen politischen Kultur übernommen, aus einer Kultur, in der das Volk über kein Mitspracherecht verfügt, in der die Gemeinden viel weniger Autonomie geniessen als in der Schweiz. Auch in Holland ist man inzwischen von vielem wieder weggekommen, das damals euphorisch angepriesen wurde. Man liess sich damals blenden durch ein Konzept, das sehr einfach zu lesen war. Es wurde alles ganz genau aufgezeigt, man übernahm einfach die ausländischen Modelle, stilisierte sie an der Hochschule St.Gallen wissenschaftlich etwas hoch und präsentierte sie mit grosser Begeisterung dem Stadtrat. Eine grosse Mehrheit im Stadtrat liess sich denn auch von der Begeisterung anstecken. Was man einmal mehr dabei vergass: Man hat nicht nach dem Sinn der ganzen Übung gefragt, und wohin diese überhaupt führt. Kann man wirklich aus jeder Abteilung ein kleines Profitzentrum machen? Was bewirkt das in der Haltung der Verwaltung? Heute kann gesehen werden, dass die NSB vermehrt ein kurzfristiges Denken fördert, obschon doch gerade heute ein langfristiges, nachhaltiges Denken gefragt ist. Was zählt, ist der buchhalterische Abschluss jeder Verwaltungseinheit am Schluss des Jahres. Das führt dazu, dass man möglichst viele Lasten irgend jemand anderem zuschiebt, dass alles ausgerichtet wird auf ein möglichst gutes Rechnungsergebnis. Mit anderen Worten: Wenn irgend eine neue Maschine angeschafft wird, dann braucht diese nur noch eine Lebensdauer aufzuweisen, die der Amtstätigkeit desjenigen entspricht, der sie bestellt hat. Wenn die Maschine zehn Jahre länger hält, dann bringt dies niemandem ein Lob oder eine Beförderung. Das kurzfristige Denken, das Denken, das auf Quantität und aufs Rechnerische ausgerichtet ist, nimmt immer mehr überhand mit dem NPM. Die NSB muss jetzt wohl bis zum bitteren Ende durchgespielt werden; nachher wird man dann zusehen müssen, was man weiterführen kann.

Für den Gemeinderat spricht Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*. Er möchte zuerst Liselotte Lüscher danken für ihre Ausführungen. Es freut ihn, dass man sich im Stadtrat mit der NSB auseinandersetzt. Eine Zeit lang hatte er nämlich den Eindruck, dass die Auseinandersetzung mit NSB ziemlich abgenommen hat und sich auf wenige Ratsmitglieder beschränkte.

Man steht auch in einer Phase, in der sich vor allem die Stadtverwaltung mit der NSB befasst. Es wurde von verschiedener Seite geäußert, dass die Einführung der NSB nicht einfach ist, dass die Leute in der Verwaltung stark beansprucht werden. Klaus Baumgartner möchte hier im Namen des Gemeinderats den betreffenden Abteilungen danken, dass sie diese Arbeit erbringen und die Belastung auf sich nehmen. Dies war der Grund, wieso Klaus Baumgartner am Anfang nicht so euphorisch war hinsichtlich NPM, weil dies eben sehr viel Arbeit für die Verwaltung bedeutet. Man muss zudem Risiken eingehen. Die Steuerung des Projekts NSB ist deshalb wichtig. Deshalb wurde ein Evaluationsbericht, wurden Mitarbeiterbefragungen durchgeführt. Bern war übrigens das einzige Gemeinwesen der Schweiz, die NPM einzuführen versuchen, wo eine solche Befragung stattgefunden hat. Klaus Baumgartner möchte noch zu ein paar Details Stellung nehmen. Zum Beispiel zum Vorwurf, dass der Bericht relativ oberflächlich sei. Den Mitgliedern des Stadtrats wurde aber ein Evaluationsbericht zugestellt. Man hat sich betreffend Produktgruppen-Rechnungen und –Budgets eingehend mit anstehenden Fragen befasst. Es fiel sehr viel Papier an, aus dem man einen Zwischenbericht zu verfassen hatte. Der Gemeinderat hat nun zur Kenntnis genommen, dass sich der Stadtrat konkretere Beispiele und Hinweise im Zwischenbericht wünscht. Man wird dies für die zukünftigen Berichte berücksichtigen. Es wurde von verschiedener Seite gefordert, dass die Delegation nach unten verbessert werden soll. Liselotte Lüscher hat auf den Massnahmenkatalog hingewiesen, in dem vorgesehen ist, dies in einem der Pilote ganz bewusst durchzuführen. Es ist ja nicht so, dass bis jetzt in der Stadtverwaltung keine Führung möglich war, aber die NSB bedeutet eben mehr Führung oder bewusstere Führung, dort wo sie nötig ist. Ansonsten sollen hierarchische Strukturen abgebaut werden. Alle diejenigen, die in Organisationen arbeiten, die sich mit der Verwaltung vergleichen lassen, wissen, wie schwierig dies ist. Delegieren heisst auch Verantwortung abgeben bzw. Verantwortung übernehmen. Dies bedeutet für die unteren Ebenen, ein neues Bewusstsein zu entwickeln für die Eigenverantwortung im jeweiligen Arbeitsbereich. Dies ist etwas Positives der NSB und entspricht nicht nur einem neoliberalen Muster. Man versucht den Leuten mehr Verantwortung zu geben und von ihnen mehr Verantwortungsbewusstsein zu verlangen. Dies benötigt einen langen Ausbildungsprozess. Dass es dabei zu Verunsicherungen kommt, ist klar. Es ist sicher auch klar, dass an dem einen oder anderen Ort unter dem Mantel der NSB Druck ausgeübt wurde auf Angestellte. Dies ist nicht in Ordnung und hat mit der NSB nichts zu tun. Bezüglich Personalführung wird sicher noch diskutiert werden müssen, um zu wissen, wo es Flexibilität gibt.

Als positiv wurde weiter das Kostenbewusstsein erwähnt. Es ist in der heutigen Situation schwierig zu sagen, woher dieses erhöhte Kostenbewusstsein kommt, ob aufgrund der allgemeinen Finanzsituation oder der Sparmassnahmen oder aufgrund von Personalmassnahmen, die zu mehr Arbeit des Personals führten. Diese Strategien sind noch nicht zu Ende geführt, es sieht hinsichtlich der Finanzen immer noch nicht gut aus für die Stadt Bern. Es ist also nicht klar bestimmbar, wie weit das Kostenmanagement, ein wichtiger Teil der NSB, sich auswirkt. Der Gemeinderat hat aber den Eindruck, dass gerade in der Diskussion über die Produktgruppen-Budgets und –Rechnungen und über die Indikatoren das Kostenbewusstsein sicher geschärft wurde. Mit der Produktgruppen-Rechnung und dem Produktgruppen-Budget sowie der Indikatoren musste man sich nämlich bewusst werden, für was man eigentlich Geld ausgibt und ob die Relationen vernünftig sind. Weiter wurde das Infoblatt für die Angestellten angesprochen. Das nächste erscheint im Mai dieses Jahres. Was die Personalausschüsse angeht, die man aufgrund der Pilotprojekte ins Leben gerufen hat: Diese Ausschüsse sollten neben den Pflichten, die im Pflichtenheft festgehalten sind, auch selber merken und entwickeln, was sie in ihrem jeweiligen Bereich zu tun haben. Dies entspricht der NSB, dass man nicht wartet, bis gesagt wird, was gemacht werden soll; NSB bedeutet eine Umorientierung, nämlich dass man bis auf die unterste Ebene Informationen holt und nicht immer wartet, bis sie erteilt werden. Noch zum Stichwort „die Fahrt ins Blaue“: NSB ist keine Fahrt ins Blaue, man hat vielmehr ganz bewusst in der Verwaltung mit der Entwicklung des Projekts angefangen und hat Leute geschult. Dieses Projekt wird von unten nach oben entwickelt, es ist damit ein gut schweizerisches Projekt. Es werden einmal nicht Weisungen von oben gegeben, um zuletzt festzustellen, dass niemand das System begriffen hat. Was aber noch festgelegt werden muss, es wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, ist die Rolle des Stadtrats und des Gemeinderats, aber auch des Volkes. Wie sieht diese Aufga-

benteilung aus? Dies ist der nächste Schritt, der gemacht werden muss. Klaus Baumgartner ist mit Martin Frick einverstanden, dass dieser Schritt gut vorbereitet werden muss, damit es zu einer guten Diskussion kommen kann. Die NSB, wie sie jetzt besteht, als reines Verwaltungsmodell, bleibt eine halbe Sache, wenn nicht auch der Schritt gemacht wird hin zu einer Reform des Gemeinwesens. Wie sollen der Stadtrat und der Gemeinderat künftig funktionieren, ist die Frage, die angegangen werden muss, nachdem festgestellt werden konnte, dass man mit der NSB grosse Fortschritte macht. Im Bericht 1997 wäre es verfrüht gewesen, über die neuen vier Pilote, die erst im Januar 1998 gestartet wurden, etwas zu sagen. Die Grundentscheide zur Kostenrechnungseinführung sind vorbereitet, und der Gemeinderat wird sich am nächsten Mittwoch damit befassen. Martin Frick hat zu Recht darauf hingewiesen. Es ist dies eine Basis, die gebraucht wird für die Einführung der NSB. Es gibt hierzu ein paar Entscheide zu fällen auch im Hinblick auf die Budgetierung. Wie verteilt man zum Beispiel die politischen Kosten, also die Kosten des Stadtrats und des Gemeinderats? Es darf nicht dazu führen, dass man Kosten einfach abwälzt und sagt, der andere oder die andere soll dafür schauen. Zum Votum Adrian Berthouds: Es werden Bemühungen und Verbesserungen bezüglich der Aussagekraft der Indikatoren in den Produktgruppen-Budgets gemacht, man ist da voll an der Arbeit. Es ist klar, dass dort verschiedene Verbesserungen geschehen müssen, damit mehr Aussagekraft zustande kommt. Es stimmt also nicht, dass in diesem Bereich nichts unternommen wurde. Der Gemeinderat war aber der FIKO/GPK dankbar für ihre Hinweise und für die Diskussion, die ja letztendlich auch angestrebt war. Wichtig also ist die nächste Phase, die nicht auf der Verwaltungsebene stattfinden wird, sondern auf der politischen. Klaus Baumgartner hofft, dass das Interesse, das heute zum Ausdruck kam, weiter anhält.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht 1997 zum Projekt Neue Stadtverwaltung Bern.

- Die Traktanden 4 und 5 werden zusammen behandelt. -

4 Dringliche Interpellation Edith Olibet (SP): Will der Gemeinderat in Zukunft Monopoly spielen?

Antrag Nr. 62

Die Stadt Bern kämpft wie viele andere Gemeinwesen auf allen Staatsebenen mit Finanzproblemen. Gemäss Äusserungen der Finanzdirektorin gegenüber der Presse sollen diese unter anderem mit "schnellem Geld" gelöst werden. Das Mittel dazu: Ausnützen von Steuerschlupflöchern in den USA.

So schnell wie das Geld hereinkommen soll, so schnell will der Gemeinderat auch handeln. Er hat darum bereits einen Auftrag für die Vorbereitung eines solchen Finanzgeschäftes erteilt. Laut Aussage des Finanzverwalters liege die Kompetenz für dieses brisante Geschäft alleine beim Gemeinderat. In diesem Zusammenhang stellen sich aber wichtige Fragen, die nicht der öffentlichen politischen Diskussion entzogen werden dürfen.

Der Gemeinderat wird deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass jedes Steuerschlupfloch, wo auch immer es anzutreffen ist, ausgenutzt werden soll?
2. Was unterscheidet den Gemeinderat der Stadt Bern mit diesem geplanten Handeln vom Wechsel des Steuerdomizils von Martin Ebner?
3. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass der Zweck alle Mittel heiligt?
4. Warum ist der Gemeinderat der Ansicht, dass dieses Leasinggeschäft ethisch vertretbar ist?
5. Weshalb soll dieses Geschäft in der Kompetenz des Gemeinderats liegen, wird doch in der Stadt Bern nach dem Bruttoprinzip budgetiert?

6. Wie weit tangieren solche Leasinggeschäfte die Eigentumsrechte der Einwohnergemeinde Bern?
7. Welche Risiken sind mit diesem Geschäft verbunden und über welchen Zeitraum schränkt die Stadt Bern damit ihren Handlungsspielraum ein?

Begründung der Dringlichkeit:

Das Leasinggeschäft soll der Stadt schon im laufenden Jahr 15 - 20 Millionen "einbringen". Folglich müssen innert kürzester Zeit entsprechende Verträge abgeschlossen werden.

Bern, 12. März 1998

5 Dringliche Interpellation Sven Baumann (LdU): Leasing – Das Ei des Kolumbus zur Rettung aus der Finanzmisere?

Antrag Nr. 81

Gleichzeitig mit der Präsentation eines 52-Mio.-Rekorddefizits verwies die Finanzdirektorin auf eine neue mögliche Einnahmequelle: Leasing heisst das Zauberwort und soll der Stadt Bern bereits im laufenden Jahr 15-20 Mio Fr. einbringen. Ich bitte den Gemeinderat, in diesem Zusammenhang um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Auf welche Grundlagen, in rechtlicher wie sachlicher Hinsicht, stützt der Gemeinderat seinen Entscheid, solche Leasinggeschäfte einzugehen? Bestehen Erfahrungen anderer Gemeinwesen? Wie stellen sich der Kanton Bern und der Bund zu dieser Art von Einnahmequellen?
2. Mit welchen kurz-, mittel- und langfristigen Risiken sind solche Leasinggeschäfte verbunden? Was passiert beim Konkurs des US-Investors oder bei einem "Börsen-Crash"? Was geschieht, wenn das US-Recht, das gegenwärtig solche Leasinggeschäfte offenbar zulässt bzw. nicht ausschliesst, entsprechend angepasst wird und die "Lücken" geschlossen werden?
3. Mit welchen Gesamtkosten sind die Leasinggeschäfte (Vorbereitung bis Abschluss) für die Stadt verbunden?
4. Welche Verwaltungsgebäude sollen bereits dieses Jahr, welche Gebäude und anderen Objekte in den nächsten Jahren verleast werden?
5. Werden durch diese Leasinggeschäfte nicht unverantwortbare Sachzwänge für die Stadt geschaffen, indem sie über die betreffenden Objekte nicht mehr frei verfügen kann?
6. Laut Zitaten der Finanzdirektorin in der Presse sind solche Leasinggeschäfte ethisch unbedenklich und Geschäfte wie andere auch. Warum wurden sie dann nicht bereits früher und von vielen andern Gemeinden eingegangen?
7. Die Leasinggeschäfte stellen zweifelsohne einen wesentliche Veränderung in der städtischen Finanzpolitik mit möglichen einschneidenden, auch langfristigen Auswirkungen dar. Ist der Gemeinderat unter diesen Umständen bereit, den Grundsatzentscheid pro bzw. contra Leasing freiwillig dem Stadtrat zu unterbreiten?

Begründung der Dringlichkeit:

Laut Presse gedenkt der Gemeinderat, bereits in nächster Zeit in eigener Kompetenz die ersten solcher Leasinggeschäfte abzuschliessen. Der Stadtrat sollte noch vorher Gelegenheit haben, sich dazu zu äussern.

Bern, 19. März 1998

Für den Gemeinderat spricht Finanzdirektorin *Therese Frösch*: Die beiden Interpellationen betreffen die gleiche Frage. Therese Frösch wird da, wo sich die Antworten des Gemeinde-

rats überschneiden, nur einmal darauf eingehen. Der Abschluss der Jahresrechnung 1997 hat bestätigt, dass die finanzielle Lage alles andere als rosig ist. Die Steuereinnahmen stagnieren nicht nur, sondern sie sind rückläufig. Die Ausgaben konnten dank vielfältiger Sparmassnahmen gedrosselt werden, nicht zuletzt auch dank den Anstrengungen in Richtung NSB. Sie konnten zuerst stabilisiert, in den letzten Jahren und nachher auch ziemlich abgebaut werden. Die Finanzstrategie des Gemeinderats von 1997 bis 2001 zeigt auf, dass es sehr schwierig sein wird, in den nächsten Jahren einen Ausgleich der städtischen Finanzen zu erreichen. In dieser Situation findet der Gemeinderat es sehr begrüssenswert, wenn zusätzliche Einnahmen getätigt werden können. Eine Refinanzierung eines Teils des beachtliche Stille Reserven enthaltenden, städtischen Verwaltungsvermögens mittels eines amerikanischen Leasinggeschäfts ergibt eine neue Möglichkeit, solche einmaligen Einnahmen zu erschliessen.

Zu den Antworten auf die Fragen Edith Olibets: 1. Die Gemeinde als Fiskus wehrt sich gegen das Ausnutzen von allfälligen Steuerschlupflöchern. Beim US-Leasing werden keine Steuerschlupflöcher ausgenutzt. Es handelt sich um ein legales, vom amerikanischen Staat bewusst geschaffenes Wirtschaftsförderungsinstrument. 2. Die Stadt Bern wechselt ihr Steuerdomizil nicht. 3. Nein. 4. Die Benutzung eines modernen Refinanzierungsinstruments, das ein Staat bewusst geschaffen hat und das sowohl von Unternehmungen als auch von der öffentlichen Hand angewendet wird, ist durchaus normal und ethisch unbedenklich. 5. US-Leasinggeschäfte werden nach der Barwertmethode mit einer Einmalzahlung an die Leasinggeberin abgewickelt. Die Stadt Bern erhält bei Vertragsabschluss einen Millionenbetrag und trägt selber keine Kosten. Für den Fall, dass der Gemeinderat schliesslich einem vorbereiteten Vertragsabschluss nicht zustimmt, müssten die bis dahin anfallenden Kosten der beratenden und gutachtenden Personen innerhalb der Gemeinderatskompetenz abgegolten werden. In der Schweiz hat bisher Zürich als einzige Stadt solche US-Leasinggeschäfte abgeschlossen. Auch Zürich hat die Kompetenzfrage gleich beurteilt, weshalb die Exekutive abschliessend zuständig war. Der Gemeinderat lässt aber diese Frage nochmals überprüfen. 6. Nach dem amerikanischen Recht bleiben die einbezogenen Vermögensgegenstände im rechtlichen und wirtschaftlichen Eigentum der Einwohnergemeinde Bern. 7. Die Stadt trägt das Untergangsrisiko für jeden Vermögensgegenstand und ist verpflichtet, die Vermögensgegenstände zu unterhalten und zu versichern, etwas, das auch ohne Leasinggeschäfte getan wird. Die Stadt behält denn auch das ausschliessliche Recht, die Vermögensgegenstände entsprechend eigener Entscheidungen auf eigene Kosten und eigenes Risiko zu betreiben bzw. zu nutzen. Das Ziel in den Verhandlungen und in der Strukturierung der Transaktion und der Verträge ist es, die Risiken weitestgehend auszuschliessen; es handelt sich dabei um: Steuer- und Rechtsänderungsrisiken: Die US-Investorin trägt alle US-Steuer- und Rechtsänderungsrisiken, wie zum Beispiel Änderungen der US-Steuertarife oder des US-Steuerrechts; Konkursrisiko der US-Investorin: Durch die Zwischenschaltung einer nach gängiger Rechtsauffassung konkursfesten Treuhandgesellschaft (Trust) ist die Stadt dem Konkursrisiko der US-Investorin nicht ausgesetzt. Das Vermögen des Trusts gilt nicht als Teil der Konkursmasse einer US-Investorin; Konkursrisiko der Bank: Wird durch die Einschaltung einer Grossbank mit entsprechend guter Bonität weitgehend ausgeschlossen; Währungs- und Zinsänderungsrisiken: Der Netto-Barwertvorteil wird ohne Währungs- und Zinsänderungsrisiken erzielt. Diese Fragen wurden übrigens auch von Sven Baumann gestellt; Therese Frösch möchte sich erlauben, dieselben Antworten nicht noch einmal zu verlesen. Zum Abschluss: Je nach einbezogenen Vermögensgegenständen des Verwaltungsvermögens dürfte sich ein Leasingvertrag über 15-20 Jahre erstrecken: da es um Verwaltungsvermögen geht, das die Stadt auch in Zukunft selber nutzen will und muss, wird der Handlungsspielraum nicht eigentlich eingeschränkt.

Zu der Beantwortung der Dringlichen Interpellation Sven Baumann: Therese Frösch möchte die einleitenden Worte nicht noch einmal wiederholen. Zur Frage 1: Gemäss GO Artikel 28, Absatz 2, Ziffer 37 besorgt der Gemeinderat alle Geschäfte, die nicht einer anderen Behörde oder Stelle übertragen sind; da US-Leasinggeschäfte nach der Barwertmethode mit einer Einmalzahlung an die Leasinggeberin abgewickelt werden, handelt es sich de facto um ein Einnahmegeschäft. Erfahrungen mit solchen Leasinggeschäften hat in der Schweiz als bisher einzige Stadt die Stadt Zürich. Der Kanton Bern hat noch keine solchen Geschäfte abgeschlossen, aber die gemischtwirtschaftliche BLS verfügt über positive Erfahrungen. Auf Bun-

desebene waren die SBB die ersten, welche US-Leasinggeschäfte abgeschlossen haben. Zur Frage 2: Hinsichtlich der Risiken möchte sich Therese Frösch nicht wiederholen. Ein Börsen-Crash hätte keine Auswirkungen auf die Geschäfte, die Stadt erhält bei Vertragsabschluss eine Einmalzahlung, auch wenn der Vertrag während 15-20 Jahren gültig bleibt. Festzuhalten gilt es noch, dass das US-Recht keine Lücken aufweist; die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Leasinggeschäfte sind bewusst geschaffen worden. Zur Frage 3: Abgesehen vom Zeitaufwand der städtischen Arbeitsgruppe entstehen der Stadt bei einem erfolgreichen Vertragsabschluss keine Kosten. Lehnt der Gemeinderat im letzten Moment einen Vertragsabschluss ab, so fallen Transaktionskosten nach effektivem Beratungs- und Vermittlungsaufwand, maximal aber 150 000 Franken an. Zur Frage 4: Die Verwaltungsgebäude sind noch nicht festgelegt, die Auswahl hängt vom Interesse möglicher US-Investorinnen ab. Geprüft werden auch die Ver- und Versorgungsnetze und Anlagen der GWB sowie das Rollmaterial der SVB. Zur Frage 5: Es geht um Verwaltungsvermögen, also um Gebäude und Anlagen, welche die Stadt für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben benötigt. Mit Leasingverträgen bleibt die Stadt nach amerikanischem Recht wirtschaftliche und rechtliche Eigentümerin der einbezogenen Vermögensgegenstände. Zur Frage 6: Der Einbezug von Immobilien des Verwaltungsvermögens von Städten ist erst seit kurzem auf Interesse von US-Investorinnen gestossen. Bisher konnte nur Rollmaterial von öffentlichen Verkehrsbetrieben in solche Transaktionen eingebunden werden. Die Finanzdirektion hat denn auch bereits 1993 zusammen mit den SVB ein Leasing geprüft, aber aufgrund des damals zu geringen Volumens und der bevorstehenden Neuordnung des öffentlichen Verkehrs nicht mehr weiterverfolgt. Für kleinere Gemeinden und Städte besteht das Problem, dass das Transaktionsvolumen mindestens 100 Millionen US-Dollar betragen sollte, damit es für die Investorin interessant ist. Die Stadt Bern ist nach Zürich die zweite Stadt, die ein solches Geschäft abschliessen will. Weitere Städte sind aber interessiert. Zur Frage 7: Der Gemeinderat hat die Finanzdirektion ermächtigt, einen konkreten Vorschlag für einen Leasingvertrag ausarbeiten zu lassen und dazu einen entsprechenden Auftrag zu erteilen. Der Gemeinderat hat also die Finanzdirektion ermächtigt, einen Mandatsvertrag aufzustellen im Rahmen der Finanzkompetenz des Gemeinderats.

Edith Olibet (SP): Der Gemeinderat scheint die wundersame Geldmaschine oder wie er sagt: das moderne Refinanzierungsinstrument gefunden zu haben. Damit soll geholfen werden, die lästigen Defizite zum Verschwinden zu bringen. Edith Olibet fällt dazu nur ein Wort ein: Casino-Kapitalismus. Es ist wie im Monopoly. Wer an günstiger Stelle ein Hotel besitzt, kann einfach einkassieren, ohne einen Finger zu krümmen. Der Gemeinderat will in grossem Stil einen Teil der Verwaltungsliegenschaften auf den virtuellen Liegenschaftsmarkt bringen. Edith Olibet hat es bis zu dieser Bekanntmachung nicht für möglich gehalten, dass der Gemeinderat zu solchen Mittel greift. Was ist an dieser Geldvermehrung so stossend? Wieso sollte man nicht die alten Mauern der Zähringerstadt in Hennen verwandeln, die goldene Eier legen? Ist es nicht toll, dass man dank des Leasings die Liegenschaften pflichtgemäss instand hält? Die Schulhäuser und die Reithalle kommen ihr da in den Sinn. Von der Antwort des Gemeinderats ist Edith Olibet mehr als enttäuscht. Therese Frösch hat im Namen des Gemeinderats von einer hochwillkommenen neuen Einnahmequelle gesprochen. Auf den ersten Blick ist dieses Angebot auch verlockend. Geld könnte die Stadt wirklich brauchen. Politisch wurde aber heute von Seiten Therese Fröschs bezeichnenderweise praktisch nichts erwähnt. Wer aber hinter die Kulissen dieser Papierkonstruktion schaut, wer weiss, wie es möglich ist, so schnell so viel Geld zu erhalten, und wer überlegt, wer die Konsequenzen zu tragen hat, der kann zu diesen Geschäften nur Nein sagen. Diese Geschäfte dürfen nicht unpolitisch und nur rein sachlich abgehandelt werden. Der Gemeinderat scheint aber gerade dies im Sinn zu haben. Therese Frösch hat gesagt, der Gemeinderat habe den Grundsatzentscheid gefällt. Der Zweck heiligt also doch die Mittel, auch wenn der Gemeinderat dies nicht wahrhaben will. Eine Hinterfragung, eine politische Diskussion ist nicht erwünscht. Steuern sparen dank der Dritten Säule, neue Armut dank der Konzerne, dank hoher Abschreibungen, Rückstellungen, Restrukturierungen und Fusionen, kreatives Buchhalten und Wechsel vom Steuerdomizil sind in der Schweiz ein paar Möglichkeiten, Geld zu machen. In den USA geht dies auch mit virtuellen Liegenschaftskäufen. Wenn Bern hier mitmacht, ist sie von Martin Ebner nicht mehr weit entfernt, ist sie Mitgewinnerin von Steuergeschäften, auch

wenn der Gemeinderat dies nicht wahrhaben will. Er will statt dessen vermitteln, solche Geschäfte seien völlig normal. In den Unterlagen der kantonalen Wahlen konnte Edith Olibet den Slogan lesen: „Gewinne besteuern“. Für sie gilt diese Forderung nach wie vor, und zwar nicht nur für Bern, nicht nur für die Schweiz, sondern überall. Der Gemeinderat würde in einen Argumentationsnotstand kommen. Wie will er in Zukunft Steuererleichterungsbegehren der Unternehmen ablehnen, die Schliessung legaler Steuerschlupflöcher fordern, wenn er selber von solchen Tricks profitieren will? Wie will er von anderen Gemeinwesen Solidarität verlangen, wenn er selber sich so unsolidarisch verhält? Eines ist klar: Die Folgen von weniger Steuereinnahmen zahlen immer die gleichen, sei dies nun in der Schweiz oder in den USA. Man kann zwar sagen, mit diesem Geld könne man Kultur-, Bildungs- und Sozialausgaben finanzieren. So einfach nach dem Motto, eine Gemeinde nützt die andere aus. Die Zentrumslastendiskussion lässt grüssen. Ihre bisherige Erfolglosigkeit legitimiert das Vorgehen der Stadt aber noch gar nicht. Dank Leasing können die Stadt, die Vermittler und die amerikanischen Investoren hohe Margen einstreichen. Um diese zu erreichen, muss das Geld bis zur Steuerfälligkeit in den USA äusserst gewinnbringend angelegt werden. Nur in diesem Fall rentiert es sich nämlich. Mit welchen Geschäften so viel Geld zu machen ist, braucht hier nicht erklärt zu werden. Sicher aber nicht mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Nicht zuletzt darum verfolgen die US-Behörden laut NZZ Leasinggeschäfte äusserst kritisch. Es kann doch dem Gemeinderat nicht einfach egal sein, welche Geschäfte mit so freigespieltem Geld möglich werden. Der Gemeinderat hat heute Abend auch die Auffassung vertreten, er sei für diese Geschäfte zuständig, da es sich um reine Einnahmegeschäfte handle. Zürich wurde als Beispiel genannt. Der Handlungsspielraum bleibe gewährleistet. Dieser Spielraum ist aber auf 15-20 Jahre eingeschränkt. So wäre zum Beispiel eine allfällige Übertragung von Verwaltungs- in Finanzvermögen, wenn es nicht mehr für die Verwaltung gebraucht würde, in diesen Jahren nicht mehr möglich. Gebäude müssen instand gehalten werden, was auch immer dies heisst. In einem Zeitungsinterview mit Therese Frösch konnte sogar gelesen werden, die Gebäude müssten verfügbar gehalten werden. Dies wurde heute Abend nicht mehr erwähnt. Ein Risiko könne weitgehend ausgeschlossen werden. Man kann es auch anders sagen: Ein Restrisiko bleibt. In Zürich hatte die Exekutive die Kompetenz auch für sich beansprucht. Wahrscheinlich aus den gleichen Überlegungen heraus. Es ist schon so, wenn das Parlament mit einbezogen würde, gäbe es nur Scherereien und die politischen Haltungen kämen ins Spiel. Wenigstens will der Gemeinderat die Zuständigkeit prüfen. Edith Olibet ist der Meinung, er müsste auch die Zulässigkeit abklären. Wer weiss, ob die Sache dann nicht plötzlich ganz anders aussehen würde. Zum Schluss: Solidarität und soziale Verantwortung hört weder an der Stadtgrenze noch an der Schweizer Grenze auf. Es ist nicht Aufgabe der Stadt Bern, Steuerausfälle zu exportieren. Das geplante Leasinggeschäft ist für Edith Olibet inakzeptabel. Man darf nicht unter dem Druck des Defizits die ethischen Grundsätze abhandeln kommen lassen. Dies gilt auch für den Gemeinderat von Bern. Mit der Antwort des Gemeinderats ist Edith Olibet ganz und gar nicht zufrieden.

Sven Baumann (LdU): Kunstgriff und legaler Steuertrick nennen es die einen, ebnersches Finanzgebaren und anrühiges Finanzgeschäft die anderen. Offensichtlich wird dieses Geschäft ziemlich kontrovers beurteilt und ist doch kein normales Finanzgeschäft, so wie es der Gemeinderat darstellt. Sven Baumann ist nicht a priori gegen dieses Leasinggeschäft, da er doch auch die schlechte Finanzlage der Stadt kritisiert. Mögliche neue Einnahmequellen müssen deshalb auch genau überprüft werden. Aber, gerade weil er in der Politik nicht mehr an Märchen glaubt, setzt er bei diesem Leasinggeschäft grosse Fragezeichen. Bei einem 50 Millionen-Defizit schaut man einem geschenkten Gaul doch nicht mehr ins Maul, könnte man argumentieren. Aber es wird wohl niemand so naiv sein zu glauben, dass es die 20 Millionen Franken einfach gratis gibt. Die meisten Fragezeichen bleiben auch nach der Gemeinderatsantwort. Zuerst einmal zu dem, was klar ist: Die Stadt hat ein riesiges Defizit und die Prognosen sehen noch viel schlechter aus. Die Finanzdirektorin hat es bereits erwähnt. Die Stadt würde zum ersten Mal ein solches Leasinggeschäft eingehen. Kantonal und national sind die Erfahrungen sehr minim. Die Stadt betritt deshalb mit diesem Geschäft Neuland. Dies hat zwei Seiten. Neben dem Nutzen birgt Neuland auch unbekannte Risiken. Der Gemeinderat rechnet bereits frohlockend mit bis zu 20 Millionen Franken Zusatzeinnahmen. Er

ist der Ansicht, dass man von diesem Instrument Gebrauch machen soll, und hat in eigener Kompetenz offensichtlich schon Schritte in diese Richtung gemacht.

Zu den Fragezeichen: Der Umfang und der Inhalt der geplanten Leasinggeschäfte sind weitgehend unbekannt. Auch heute hat die Finanzdirektorin auf diese Frage eher unverbindlich geantwortet. Man muss sich aber bewusst sein, dass die Stadt zwar Eigentümerin der betreffenden Objekte bleibt, dass sie aber nicht mehr frei über diese Objekte verfügen kann. Man würde sich für einen kurzfristigen Nutzen langfristig verpflichten und binden. In Anbetracht dieser schwerwiegenden Konsequenzen und möglicher Risiken dieser Leasinggeschäfte fragt Sven Baumann den Gemeinderat noch einmal, ob in bezug auf das Gesamtvolumen, auf den Inhalt, auf den Zeitplan und die Objekte nichts Konkreteres gesagt werden kann. Wenn nicht, ist Sven Baumann erst recht der Meinung, dass es zu früh ist, auf diese Leasinggeschäfte einzugehen. Zur Frage der Ethik: Dazu hat Edith Olibet schon sehr ausführlich referiert. Auch nach Meinung Sven Baumanns macht es sich der Gemeinderat diesbezüglich zu einfach. Was legal ist, scheint ethisch unbedenklich. Ist es aber ethisch tatsächlich völlig problemlos, mit einem legalen Steuertrick dem amerikanischen Fiskus Steuereinnahmen zu entziehen und den Profit mit einer rein gewinnorientierten Privatinvestorin zu teilen? Ist man beim Anzapfen einer neuen Einnahmequelle auch bereit, ein oder zwei Augen zuzudrücken? Ist man umgekehrt proportional zum steigenden Defizit schon so tief gesunken, dass für die Tilgung dieses Defizits jedes Mittel recht ist? Natürlich nicht. Wo aber sind die Grenzen, dass man nicht bloss egozentrisch auf die eigenen Interessen schaut? Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass er dieses Leasinggeschäfte in eigener Kompetenz eingehen kann. Dies mag rechtlich zutreffen, auch wenn Sven Baumann hier immer noch seine Zweifel hat. Er ist froh, wenn der Gemeinderat diese Frage noch einmal abklären möchte. Sven Baumann ist aber der Meinung, dass diese Frage, die eine politische ist, sowieso ins Parlament gehört und nicht in den Gemeinderat. Man muss sich klar sein: Es geht nicht einfach um eine paar finanztechnische Kleinigkeiten, um eine rein ökonomische Nutzen-Risiko-Analyse. Diese soll der Gemeinderat mit seinen Experten und Expertinnen durchführen. Es geht hier um einen Einschnitt, um eine Neuorientierung der städtischen Finanzpolitik. Es geht um finanzpolitische Grundsatzfragen, um die Setzung von Prioritäten und um eine langfristige Einschränkung des Handlungsspielraums. Es geht um das Eingehen auf nicht unwesentliche Risiken und um ethische Grenzen. Dies sind Fragen, die in ein Parlament gehören, und zwar nicht nur in Form von Interpellationen, sondern von Entscheiden. Man kann sehr wohl die Meinung vertreten, dass der Sanierung der Finanzen Priorität zukommt und dass die Ethik und die internationale Solidarität zweitrangig sind. Diese Haltung kann man einnehmen; es ist aber nicht diejenige Sven Baumanns. Sie muss aber auf jeden Fall von einem Parlament abgesegnet sein. Sven Baumann bedauert es sehr, dass der Gemeinderat dazu nicht Hand bietet und dieses Geschäft in den Stadtrat bringt. Er bittet ihn deshalb, diese Frage noch einmal zu überlegen. Zusammengefasst: Sven Baumann bedauert es, dass der Gemeinderat das Geschäft bagatellisiert und der politischen Diskussion aus dem Weg geht. Das Gesamtvolumen, der Inhalt, die Konsequenzen und die Risiken dieses Geschäfts sind zu wenig transparent und bleiben auch nach der heutigen Antwort unbekannt. Die ethischen Bedenken beim vorliegenden Geschäft sind gravierend und wurden durch die heutige Antwort der Gemeinderätin nicht zerstreut. Obwohl auch Sven Baumann von der Aussicht auf 20 Millionen Franken angetan ist, überwiegt die Skepsis und die Angst, jetzt solche Geschäfte einzugehen. Wenn der Gemeinderat im Alleingang grünes Licht gibt für dieses Geschäft, so bekommt dieses einen Präjudiz- und Signalcharakter. Auch bei zukünftigen Einnahmegeschäften würde die Rendite den Ausschlag geben. Politische, ethische, soziale und ökologische Argumente wären sekundär. Eine solche Finanzpolitik lehnt Sven Baumann allerdings ab. Voll von Hoffnung und Skepsis ist er von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt und vom Sinn und vom Erfolg des Leasinggeschäfts überhaupt nicht überzeugt.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Die Vorsitzende: *Lilo Lauterburg*

Der Protokollführer: *Daniel Hostettler*